

Antrag

der Fraktion Die Linke

Moratorium für den Umbau der Torstraße

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die laufenden Planungen und bevorstehenden Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Torstraße unverzüglich auszusetzen und ein Moratorium für den Umbau der Torstraße zu verhängen;
2. bis zum Vorliegen eines schlüssigen, abgestimmten und öffentlich nachvollziehbaren Gesamtkonzepts für die gesamte Torstraße zwischen Chausseestraße und Prenzlauer Allee keine unumkehrbaren baulichen Tatsachen zu schaffen;
3. die bisherigen Planungen unter aktiver Beteiligung der Anwohner*innen, der lokalen Gewerbetreibenden, der Gastronomie, der zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Bezirke sowie der fachlich zuständigen Gremien grundlegend zu überarbeiten;
4. insbesondere sicherzustellen, dass die künftige Planung
 - die Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen deutlich verbessert,
 - eine sichere, ausreichend dimensionierte und durchgehende Radinfrastruktur vorsieht,
 - Querungen übersichtlich, barrierearm und konfliktarm gestaltet,
 - den Anforderungen an klimaresiliente Stadtentwicklung entspricht,
 - den Erhalt des vorhandenen Baumbestands prioritär berücksichtigt,
 - unvermeidbare Eingriffe in das Stadtgrün ortsnahe und gleichwertig kompensiert,

- die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärkt,
 - die Belange von Gastronomie, Einzelhandel und lokalem Gewerbe angemessen berücksichtigt;
5. dem Abgeordnetenhaus bis spätestens drei Monate nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen, der darlegt,
- welche Planungsstände bisher vorliegen,
 - welche Maßnahmen ausgesetzt wurden,
 - wie das Beteiligungsverfahren ausgestaltet wird,
 - welche Varianten für die gesamte Torstraße geprüft werden,
 - wie Verkehrssicherheit, Klimaanpassung, Baumerhalt, Aufenthaltsqualität und Gewerbeinteressen in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Torstraße ist eine zentrale innerstädtische Verbindung mit hoher Bedeutung für den Fußverkehr, den Radverkehr, den öffentlichen Raum, die Anwohnerschaft sowie für Gastronomie und lokales Gewerbe. Ihre Umgestaltung darf daher nicht abschnittsweise und ohne tragfähiges Gesamtkonzept erfolgen.

Die bisher bekannten Planungen stoßen auf erhebliche Kritik. Insbesondere wird bemängelt, dass mit dem vorgezogenen Bau des ersten Abschnitts zwischen Rosenthaler Platz und Chausseestraße Fakten geschaffen werden sollen, obwohl für die gesamte Torstraße bis zur Prenzlauer Allee noch kein schlüssiges Gesamtkonzept vorliegt. Gerade der östliche Abschnitt der Torstraße ist städtebaulich und verkehrlich besonders komplex. Ein vorzeitiger Baubeginn im westlichen Abschnitt kann spätere, bessere Lösungen erheblich einschränken.

Hinzu kommen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit. Breite Fahrstreifen, problematische Querungen und eine nicht ausreichend dimensionierte beziehungsweise teilweise gefährlich geführte Radinfrastruktur werden den Anforderungen an eine sichere Straße für alle Verkehrsteilnehmer*innen nicht gerecht. Eine Umgestaltung der Torstraße muss den Fußverkehr, den Radverkehr und den öffentlichen Nahverkehr stärken und zugleich Konflikte im Straßenraum reduzieren.

Auch klima- und stadtentwicklungspolitische Anforderungen müssen stärker berücksichtigt werden. Angesichts zunehmender Hitzebelastung, Starkregenereignisse und der Notwendigkeit zur Klimaanpassung darf eine zentrale innerstädtische Straße nicht nach überholten Maßstäben umgebaut werden. Der vorhandene Baumbestand ist zu schützen. Geplante Baumfällungen ohne gleichwertigen Ersatz vor Ort sind mit den Zielen einer klimaresilienten Stadtentwicklung nicht vereinbar.

Darüber hinaus müssen die Interessen der lokalen Gastronomie und des Gewerbes angemessen einbezogen werden. Einschränkungen von Außenflächen können erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation vor Ort und die Lebendigkeit des öffentlichen Raums haben. Eine gute Planung muss Nutzungskonflikte lösen, statt neue zu schaffen.

Eine qualifizierte Beteiligung der Anwohner*innen sowie der lokalen Akteur*innen hat bislang nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Gerade bei einem Projekt mit so weitreichenden Auswirkungen auf den Kiez ist eine transparente, frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligung zwingend erforderlich.

Das Moratorium ist daher notwendig, um Zeit für eine bessere, integrierte und demokratisch legitimierte Planung zu schaffen. Ziel muss eine Torstraße sein, die verkehrssicher, klimaresilient, stadtverträglich und sozial ausgewogen gestaltet wird.

Berlin, den 31.08.2026

Helm Schulze Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke